



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Gesamtverbandes
der Personaldienstleister (GVP) e. V.**

1. Über Zeitarbeit werden Menschen in Beschäftigung integriert, die es auf dem Arbeitsmarkt ansonsten schwer haben. Gleichzeitig stellt Zeitarbeit der Wirtschaft passgenau und schnell benötigtes Personal zur Verfügung. Werden Sie dieses „Erfolgsmodell“ im Europaparlament unterstützen?

Antwort:

Ja.

2. Die EU-Zeitarbeitsrichtlinie sieht in der Zeitarbeit eine erwünschte Arbeitsform, die sowohl den Flexibilitätsbedürfnissen der Arbeitnehmenden als auch der Unternehmen entgegenkommt. Teilen Sie diese Einschätzung?

Antwort:

Ja.

3. Die EU-Zeitarbeitsrichtlinie schreibt den Gleichbehandlungsgrundsatz für Zeitarbeitskräfte fest. In Deutschland bestimmen einschlägige Tarifverträge die Arbeitsbedingungen. Werden Sie sicherstellen, dass die Tarifautonomie unangetastet bleibt?

Antwort:

Ja.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

4. Das Bundesarbeitsgericht hat festgestellt, dass das deutsche Arbeitgebersystem für die Zeitarbeit (Festanstellung der Zeitarbeitskräfte beim Zeitarbeitsunternehmen) zusammen mit den bestehenden Tarifwerken den Gesamtschutz von Zeitarbeitskräften wahrt. Sehen Sie das auch so?

Antwort:

Ja.

5. In Deutschland gibt es sektorale Verbote für die Zeitarbeit, z. B. im Bauhauptgewerbe und in der Fleischindustrie. Werden Sie sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass diese Verbote überprüft werden?

Antwort:

CDU und CSU stehen zu den sektoralen Verboten in Deutschland.

6. In der „La Hulpe“-Erklärung werden Maßnahmen gefordert, die grenzüberschreitende Zeitarbeit betreffen. Welche Initiativen halten Sie für sinnvoll?

Antwort:

Grenzüberschreitende Zeitarbeit wird in der Erklärung nicht direkt angesprochen. Mit Blick auf Paragraph 20 der Erklärung kann eine Stärkung der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) sinnvoll sein.

7. In Deutschland bestehen auch einige Einschränkungen für die Zeitarbeit. Die gravierendsten bestehen bei der Beschäftigung von sogenannten Drittstaatlern



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

und beim Bezug von Kurzarbeitergeld. Werden Sie sich auf EU-Ebene dafür stark machen, diese Einschränkungen zu überprüfen?

Antwort.

Ja, insbesondere mit Blick auf sog. Drittstaatler.

8. Deutschland hat 2016/2017 eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten eingeführt. Eine solche Höchstüberlassungsdauer findet sich allerdings nicht in der EU-Zeitarbeitsrichtlinie, die nur von „vorübergehend“ spricht. Ist die deutsche Höchstüberlassungsdauer für Sie europarechtskonform?

Antwort:

Ja.